

V-70 Die Würde des Menschen ist unantastbar – das gilt auch für die 5,5 Millionen Muslim*innen in Deutschland

Antragsteller*in: Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Antimuslimischer Rassismus umfasst sowohl individuelle als auch strukturelle
- 2 Diskriminierung von Muslim*innen oder von Personen, die als vermeintlich
- 3 muslimisch wahrgenommen werden.
- 4 In Abgrenzung zur Muslim- und Islamfeindlichkeit konzentriert sich dieser
- 5 Begriff jedoch auf die rassifizierende Dimension der Diskriminierung. Es geht
- 6 hierbei nicht allein um die tatsächliche Religionszugehörigkeit der Betroffenen,
- 7 sondern um äußere Merkmale, die einem mehrheitlich islamisch geprägten
- 8 Kulturraum zugeschrieben werden.
- 9 Diese Stigmatisierung wird auf Menschen übertragen, die diesem Kulturraum
- 10 ungefiltert zugeordnet werden und somit als muslimisch gelesen werden.
- 11 Infolgedessen erfolgt eine Vermischung, Homogenisierung und Abwertung ihrer
- 12 religiösen, ethnischen und kulturellen Identität.
- 13 Medienberichte konzentrieren sich oft auf Themen wie Terrorismus und
- 14 Radikalisierung, wodurch Muslim*innen als einzig und allein als ein
- 15 Sicherheitsproblem wahrgenommen werden, statt als Bereicherung für unsere
- 16 Zivilgesellschaft.
- 17 Öffentliche und politische Debatten legitimieren somit aktuell den
- 18 antimuslimischen Rassismus, der für Muslim*innen nicht nur real und gefährlich,
- 19 sondern potenziell auch tödlich ist.
- 20 Attentate auf Muslim*innen in Hanau, Solingen und Mölln sowie Rufe nach
- 21 Remigration verdeutlichen die tief verwurzelte Problematik des Rassismus in
- 22 Deutschland. Diese Vorfälle sind Teil eines größeren gesellschaftlichen
- 23 Problems, das durch anhaltende Migrationsdebatten und den hohen Anspruch für
- 24 rechtspopulistische Parteien wie die AfD verstärkt wird.
- 25 Die ständige Thematisierung von Migration und Integration in der Politik und
- 26 Medien schafft somit ein Klima, in dem muslimische Identitäten oft als Bedrohung
- 27 wahrgenommen werden, was zur Normalisierung von Diskriminierung führt.
- 28 Studien belegen, dass Muslim*innen vielfältigen Formen von Stigmatisierung,
- 29 Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind. Dies reicht von hassmotivierten
- 30 Übergriffen über verbale Beleidigungen und Online-Hass bis hin zu Racial und
- 31 Religious Profiling sowie Missbrauch von Polizeigewalt. Strukturelle
- 32 Diskriminierung betrifft auch den Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen und
- 33 Wohnraum. Maßnahmen und Gesetze, die indirekt auf Muslim*innen abzielen, können
- 34 deren Religionsfreiheit unverhältnismäßig einschränken. In der öffentlichen
- 35 Debatte, sowohl in den Medien als auch im politischen Diskurs, manifestiert sich
- 36 antimuslimischer Rassismus häufig in pauschalisierenden Stigmatisierungen und
- 37 Othring. Muslim*innen werden dabei oft lediglich als gesellschaftliches oder

38 politisches Problem wahrgenommen, anstatt als aktive Mitglieder der
39 Gesellschaft, die zur Gemeinschaft beitragen.

40 Immer mehr fördern rechte politische Parteien in Europa islamophobe Ideen und
41 Maßnahmen. Die Medien verstärken diese Sichtweise, insbesondere durch die Art
42 und Weise, wie sie muslimische Frauen darstellen – sei es in Berichten über
43 Terrorismus oder in Bezug auf den Schleier, Kopftuch und die angebliche, oft
44 jedoch nicht vorhandene Unterdrückung. Diese negative Berichterstattung trägt zu
45 einem wachsenden Gefühl der Unsicherheit bei und schränkt die Orte ein, an denen
46 sich muslimische Frauen sicher fühlen können. Wissenschaftliche Studien zeigen,
47 dass die Stigmatisierung und Ausgrenzung muslimischer Frauen die
48 gesellschaftliche Spaltung vertieft, Isolation verstärkt und Spannungen erhöht.
49 Daher ist es dringend notwendig, dass alle Gesellschaftsbereiche mehr
50 gesellschaftliche Teilhabe und Engagement fördern. Da viele muslimische Frauen
51 leicht erkennbar sind, haben sie ein höheres Risiko, Opfer von Hassverbrechen zu
52 werden. Die Diskriminierung muslimischer Frauen ist somit ein komplexes Problem,
53 das erhebliche Auswirkungen auf ihr gesellschaftliches, politisches und
54 wirtschaftliches Leben hat.

55 Daher sehen sich viele Muslim*innen aktuell existenziellen Fragen gegenüber:
56 Wird unser Leid anerkannt? Wie lange werden wir noch diskriminiert? Werden
57 unsere Kinder oder wir selbst Opfer von Erniedrigungen, Beleidigungen oder sogar
58 körperlichen Angriffen? Werden wir abgeschoben? Diese Fragen spiegeln nicht nur
59 individuelle Ängste wider, sondern auch ein tiefes Misstrauen gegenüber der
60 Gesellschaft, Politik und ihren Institutionen.

61 Es ist daher unerlässlich, diese besondere Thematik in den
62 gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen, um Vorurteile abzubauen und ein
63 besseres Verständnis für die Vielfalt muslimischer Identitäten zu fördern

64 Auch religiöse Einrichtungen und Moscheen werden zunehmend zu Zielen gezielter
65 Angriffe und gleichzeitig wird online eine besorgniserregende Menge an Hass
66 gezielt in unterschiedlichen Gruppierungen und sich dabei selbst bestätigenden
67 Community-Blasen verbreitet.

68 Die Zahl antimuslimischer Straftaten stieg im letzten Jahr drastisch an, mit
69 1.464 registrierten Vorfällen und 70 Angriffen auf Moscheen – ein Anstieg von
70 über 140% im Vergleich zum Vorjahr (BMI/Bundeskriminalamt, 2024).

71 Viele Vorfälle bleiben ungemeldet, weil nur einer von acht Fällen dokumentiert
72 wird.

73 Nach dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 verzeichneten
74 Beratungsstellen einen rasanten Anstieg antimuslimischer Übergriffe, die eng mit
75 den aktuellen Debatten verknüpft sind.

76 Antimuslimischer Rassismus wird immer akzeptierter, da er angeblich aus der
77 Mitte der Gesellschaft kommt. Er versteckt sich hinter Diskussionen über Asyl,
78 Migration und Antisemitismus, was ein Klima schafft, das Bedrohungen und
79 Diskriminierungen legitimiert. Dies schadet vor allem der demokratischen Kultur
80 in Deutschland, denn rund 5,5 Millionen Muslim*innen sind zunehmend Ziel
81 rechtsextremer Gewalt.

82 Fast alle Muslim*innen in Deutschland fühlen sich wiederholt unter
83 Generalverdacht. Sie werden häufig als Vertreter*innen aller Muslim*innen und

84 muslimischer Gesellschaften weltweit gesehen und müssen sich regelmäßig von
85 Terroranschlägen distanzieren, obwohl sie fast immer keinerlei Verbindung zu den
86 Tätern haben. Dadurch entsteht der Druck, sich ständig rechtfertigen und den
87 Islam verteidigen zu müssen.

88 In den letzten Jahrzehnten hat sich der mediale und politische Diskurs auf
89 „Sicherheitsbedenken“ konzentriert, was das Sicherheitsgefühl in muslimischen
90 Gemeinschaften beeinträchtigt hat. Dies hat auch die Redefreiheit und politische
91 Teilhabe von Muslim*innen eingeschränkt. Junge Muslim*innen, die in einem
92 solchen Umfeld aufwachsen, fühlen sich oft entmutigt und nehmen nicht am
93 politischen und gesellschaftlichen Leben teil. Das Trauma und die Scham, die aus
94 diesem „Generalverdacht“ resultieren, begleiten sie oft jahrelang, selbst wenn
95 sie bei genauerem Hinsehen schnell entlastet werden. Die Auswirkungen sind in
96 allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar, von Erwachsenen, die mit Justiz und
97 Diskriminierung am Arbeitsplatz konfrontiert sind, bis zu Kindern, die im
98 Schulsystem ungerecht behandelt werden. Antimuslimischer Rassismus gefährdet
99 somit die Rechte und Gleichbehandlung aller Muslim*innen sowie ihre
100 Chancengleichheit in der Gesellschaft. Er stellt eine Bedrohung für das
101 friedliche Zusammenleben in einer demokratischen und offenen Gesellschaft dar
102 und sollte als Hindernis für die politische und wirtschaftliche Entwicklung
103 einer multikulturellen Post-Migrationsgesellschaft wie in Deutschland betrachtet
104 werden.

105 Der Staat muss daher den Schutz rassistisch markierter Menschen, einschließlich
106 Muslim*innen, im öffentlichen Raum umfassend gewährleisten.

107 Um antimuslimischen Rassismus wirksam zu bekämpfen, ist es daher entscheidend,
108 eine Erinnerungskultur zu entwickeln, die die Opfer von Rassismus und
109 Diskriminierung – einschließlich muslimischer Menschen – ebenso anerkennt wie
110 andere Gruppen.

111 Diese Kultur sollte nicht nur historische Ereignisse würdigen, sondern auch
112 aktuelle Herausforderungen und die Vielfalt der Erfahrungen muslimischer
113 Menschen in Deutschland sichtbar machen.

114 Eine solche Erinnerungskultur könnte dazu beitragen, das Bewusstsein für
115 antimuslimischen Rassismus zu schärfen, Vorurteile abzubauen und letztlich ein
116 solidarisches Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft zu fördern. Es ist
117 wichtig, dass alle Stimmen gehört werden und die Gesellschaft gemeinsam
118 Verantwortung für die Bekämpfung von Rassismus übernimmt. Die grundgesetzlich
119 garantierte Unantastbarkeit der Menschenwürde gilt für alle in Deutschland
120 lebenden Menschen, selbstverständlich einschließlich der 5,5 Millionen
121 Muslim*innen, die genau hier zu Hause sind.

122 Unsere Forderungen:

- 123 • Einrichtung eines Sachverständigenrats und Ernennung eines Bundes- sowie
124 Länderbeauftragten zur Bekämpfung antimuslimischen Rassismus, welche die
125 Öffentlichkeit, Politik und Sicherheitsbehörden unabhängig informieren und
126 beraten.
- 127 • Dauerhafte finanzielle Unterstützung für Beratungs- und
128 Unterstützungsstrukturen für Betroffene von antimuslimischem Rassismus,
129 insbesondere durch den Ausbau community-basierter Beratungsstellen.

- 130 Bestehende Angebote sollten besser auf antimuslimischen Rassismus
131 ausgerichtet und in Expertise investiert werden.
- 132 • Einrichtung von Beschwerdestellen für Schüler*innen, Lehrer*innen und
133 Eltern, um Diskriminierung im Schulkontext zu erfassen und zu bearbeiten.
134 Antimuslimischer Rassismus sollte im Lehrplan und in der Ausbildung
135 pädagogischer Fachkräfte verankert werden.
- 136 • Ein zivilgesellschaftliches Monitoring-System ist erforderlich, um
137 antimuslimischen Rassismus sowohl online als auch offline gezielt zu
138 dokumentieren und zu analysieren.
- 139 • Etablierung einer einheitlichen Arbeitsdefinition für antimuslimischen
140 Rassismus, die dessen intersektionale und strukturelle Dimensionen
141 erfasst.
- 142 • Überarbeitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), um
143 umfassenden Schutz vor Diskriminierung zu bieten.
- 144 • Entwicklung von Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus durch Behörden
145 und Verwaltung, insbesondere am Arbeitsplatz und im öffentlichen Dienst.
- 146 • Verpflichtende rassismuskritische Fortbildungen für Mitarbeiter*innen der
147 Verwaltung und des öffentlichen Dienstes.
- 148 • Finanzielle Unterstützung von die von muslimischen Gemeinschaften selbst
149 verwalteten Organisationen im Bereich Diskriminierung und Rassismus.
- 150 • Den Stimmen von muslimischen Frauen einen angemessenen Raum in allen
151 Grünen politischen Debatten geben, wie allen anderen Bevölkerungsgruppen
152 auch, und nicht nur dann, wenn es um „muslimische Themen“ geht.

Begründung

Erfolgt mündlich!

weitere Antragsteller*innen

Lene Greve (KV Hamburg-Altona); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Stephanie Wittern (KV Hamburg-Mitte); Evelyn Thies (KV Ulm); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Sümeyye Dogan (KV Hamburg-Bergedorf); Janine Ivancic (KV Aachen); Sami Khokhar (KV Hamburg-Wandsbek); Ute Laucks (KV Darmstadt); Ursula Jäger (KV Hamburg-Eimsbüttel); Samet Yilmaz (KV Kiel); Angelika Aigner (KV Traunstein); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Marco Meyn (KV Hamburg-Mitte); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Peter Weinmann (KV Bamberg-Land); sowie 45 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.